



"Ich möchte Student sein"

"Mit welchem Resultat könnte man Studieren, wenn man es nicht mehr müßte? Wenn man es will! Wenn die Lehre durch weitgeöffnete Flügeltüren einzieht, anstatt durch widerwillig eingeklemmte Türchen, wie so oft in der Jugend!"

(Kurt Tucholsky, Ich möchte Student sein, 1929)

"Die Teilnehmer/-innen sollen in die Lage versetzt werden, bei steuerlichen Gestaltungen die Steuerpositionen des Steuerpflichtigen zu optimieren, aber auch die Auswirkungen des Steuervermeidungsverhaltens des Steuerpflichtigen auf die Volkswirtschaften der betroffenen Staaten zu beurteilen und deren Gegenstrategien vor auszusehen."

(Aus der Studienordnung "Master of International Taxation")

Anhand des philosophischen, ökonomischen, historischen und naturwissenschaftlichen Erbes menschlichen Erkennens und Handelns zu einer wissenschaftlichen Weltanschauung zu gelangen - das macht Sinn. Mit der Entdeckung der allgemeinen Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Denkens wächst die Zuversicht in eine optimistische Perspektive gesellschaftlicher Entwicklung. Die Aufklärung wird materiell wirksam mit der Verbreitung des Wissens, daß die Menschen ihre Geschichte machen.

Gegen diese freudvolle wissenschaftliche Einheit aus Erkennen und Handeln zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen wenden sich die kapitalergebenen Angriffe von Wissenschaftssenator Dräger auf die Hochschulen. Der aggressive Krämergeist des Rechtssenats wünscht sich an der Universität en masse Studiengänge wie den seit einigen Semestern laufenden "Master of International Taxation". In einem dichtgedrängten Studienjahr wird dort für 9.500 Euro Studiengebühren höchstens 25 Studierenden je Jahrgang das Handwerkszeug vermittelt, international Steuerschlupflöcher auszureizen. ‚Beste Studienbedingungen‘ für jene, die später einmal im Dienste weltweit agierender Unternehmen die Staaten an die Wand spielen sollen. So lehrt die Universität die Bedingungen ihrer eigenen Abwicklung.

Die ökonomisierende Zurichtung bleibt jedoch abhängig von der Kollaboration jener, die sie an den Hochschulen umsetzen müssen. Die explizit festgeschriebene Streichung der Hälfte aller Stellen in den Geistes-, Kultur- und Sprachwissenschaften ist Dank gemeinsamer, begründeter Proteste von Lernenden, Lehrenden und Mitarbeitern zunächst abgewendet. Um jedoch die Flügeltüren der Wissenschaft wirklich zu öffnen, braucht es den Ausgang aus der Wagenburg.

Der Mut, ein Studium, eine Wissenschaft streitbar anzustreben, die solidarische und kontinuierliche Entfaltung gewährleistet, die spezifische Anliegen und den allgemeinen kulturellen und sozialen Fortschritt vereint - damit tatsächlich vom eigenen Inter-esse, dem eigenen gesellschaftlichen Sein auszugehen - das erschließt den Reichtum humanistischer Wissenschaft. Die Menschen stehen als Gleiche im Mittelpunkt. So läßt sich motiviert zusammenarbeiten statt dröge Veranstaltungen abzusetzen.

Das hat begründete Aussicht und direkte Sprengkraft gegen jede (beabsichtigte) Unterwerfung.



Eine neue Ordnung

"Kapitel 1: Die wirtschaftlichen sowie politischen und sonstigen Beziehungen zwischen Staaten müssen unter anderem auf folgenden Grundsätzen beruhen:

- a) *Souveränität, territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Staaten;*
- b) *Souveräne Gleichheit aller Staaten;*
- c) *Verzicht auf Angriff;*
- d) *Verzicht auf Intervention;*
- e) *Gegenseitiger und gerechter Nutzen;*
- f) *Friedliche Koexistenz;*
- g) *Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker;*
- h) *Friedliche Beilegung von Streitigkeiten;*
- i) *Beseitigung von Ungerechtigkeiten, die gewaltsam herbeigeführt worden sind und die ein Volk der für seine normale Entwicklung notwendigen natürlichen Mittel berauben;*
- j) *Redliche Erfüllung internationaler Verpflichtungen;*
- k) *Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;*
- l) *Verzicht auf jedes Streben nach Hegemonie und Einflußsphären;*
- m) *Förderung der internationalen sozialen Gerechtigkeit;"*

(Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten vom 12.12.1974)

Vor dreißig Jahren, am 12. Dezember 1974, verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" als Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dieses Dokument sollte die Grundlage für eine neue, gerechtere internationale Wirtschaftsordnung sein und war das Ergebnis einer mehrjährigen Debatte in den Institutionen der Vereinten Nationen, die vor allem durch diejenigen Staaten vorangetrieben wurde, die sich zuvor aus der Kolonialherrschaft der europäischen Mächte befreit hatten, sowie in vorderster Front durch die sozialistische Volksregierung Chiles. Die chilenische Regierung Salvador Allendes bestand jedoch 1974 bereits nicht mehr. Ein Jahr zuvor hatte die tatkräftige

Unterstützung amerikanischer Konzerne und Geheimdienste den faschistischen Generälen unter Augusto Pinochet ermöglicht, dem Versuch einer friedlichen Transformation einer bürgerlichen Demokratie zu einem sozialistischen Staat ein blutiges Ende zu setzen. Angesichts der großen Gefahr, der chilenische Weg zu sozialem Fortschritt könnte zu einem Maßstab der weltweiten Entwicklung werden, sahen sich die Multis gezwungen, ihr demokratisches Deckmäntelchen abzuwerfen und ihre Profite mit offener Brutalität zu verteidigen. Dies war der Beginn der neoliberalen Gegenoffensive, gegen die zu Beginn der 1970er Jahre weltweit vorangetriebene Reformpolitik für Entspannung und soziale Entwicklung.

Die Politik der Thatchers, Reagans und Kohls überall in der westlichen Welt zielte in den späten 1970er sowie den 1980er Jahren darauf, die sozialistischen Bewegungen sowohl in den eigenen Staaten, als auch in den Entwicklungsländern mit allen ökonomischen, kulturellen, polizeilichen, geheimdienstlichen, diplomatischen und zu Weilen auch militärischen Mitteln zu ersticken und die realsozialistischen Staaten des Ostens zu isolieren und tot zu rüsten. Und das bekanntlich mit einigem Erfolg: Als George Bush senior 1992 nach dem ersten Krieg der USA gegen den Irak von einer "neuen Weltordnung" sprach, war nur noch eine der beiden Supermächte übrig geblieben und von mehr Gerechtigkeit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen keine Rede mehr.

Heute, 15 Jahre nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, ist die Notwendigkeit einer neuen, gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung offensichtlicher denn je. In den Industriestaaten sind die Reallöhne auf den Stand der frühen 1970er Jahre, in vielen Entwicklungsländern ist die Lebenserwartung auf den des Mittelalters zurückgefallen. Mit dem angeblichen Sachzwang der Globalisierung werden immer tiefere Einschnitte in staatliche Sozialleistungen legitimiert. Transnationale Konzerne erreichen immer neue Rekordgewinne während sich die Lebensbedingungen der durch sie ausgepreßten

Menschen immer weiter verschlechtern. Damit verlieren nicht nur die falschen Heilsversprechen der neoliberal entfesselten Märkte ihre Strahlkraft, auch ist diese Wirtschaftsordnung immer weniger in der Lage, ihre eigene Basis zu reproduzieren. Der Kampf um demütige aber qualifizierte Arbeitskräfte, knappe Ressourcen und immer enger werdende Märkte wird zunehmend brutal und kriegerisch ausgefochten.

Um diese barbarische Entwicklung zu wenden,

bedarf es einer Renaissance fortschrittlicher Bewegung für Entspannung, Abrüstung, weltweite Entwicklung und sozialen Fortschritt. Die Ansprüche der zunächst gescheiterten Bewegungen des letzten Jahrhunderts sind aufzugreifen, weiterzuentwickeln und neu zur Geltung zu bringen. Aus ihren Fehlern und Schwächen ist zu lernen. Der aufklärerische Kampf gegen die Mystik und Knechtschaft der freien Marktwirtschaft, um Arbeit, Bildung und Kultur für jedermann, ist die aktuelle Würde des Menschen.

0190-Connecting-People

Mit gespielter Langeweile schaut ein dissident frisierter Jüngling begehrlig einer dünn bekleideten jungen Frau über die Schulter - bemüht, den Blick nicht all zu verräterisch auf das Dekolleté zu richten. Sie schwenkt breit grinsend ihr Rotweinglas. Das Pärchen im Hintergrund ist in Sachen Körperkontakt schon einen Schritt weiter. Fick mich, kauf mich, schleck mich ab.

Mit dieser Abbildung wirbt gegenwärtig eine Liste auf Flyern und Plakaten um Stimmen für die "AStA-Wahl 2005", gemeint sind wohl die Wahlen zum Studierendenparlament. Darunter die Zeile: "DU ENTSCHEIDEST."

Was bitte ist da zu entscheiden? Zu Dir oder zu mir?

Und vor allem: Was soll uns diese Darstellung über die politische (?) Gruppierung sagen, die da für sich wirbt?

Wer Malboro raucht sei ein Cowboy, wer diese wählt sei hip, sexy und Sorgen-los?

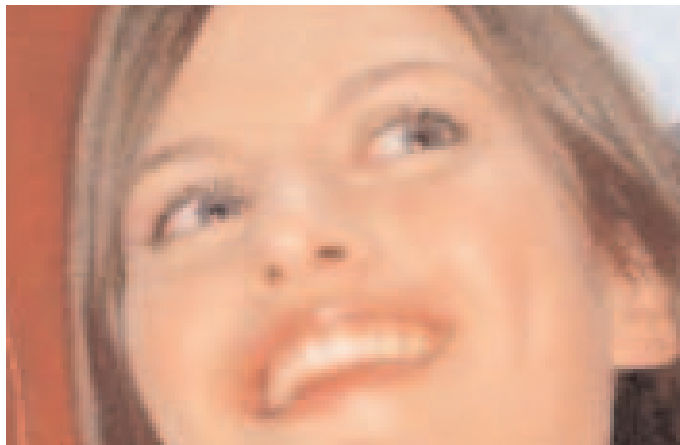
Die Liste nennt sich "Juso-Hochschulgruppe der Universität Hamburg", was allerdings nur sehr klein und verschämt unten links in der Ecke erklärt wird. Tatsächlich handelt es sich um die Gruppe "Realos Jetzt", die den Studierenden auch in den letzten Jahren schon versprochen hat, sie könnten es sich trotz Sozialabbau und rechtem Generalangriff auf

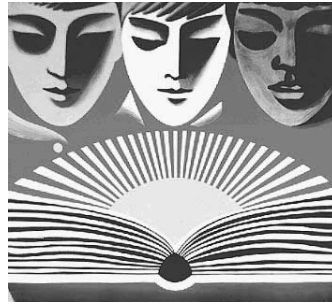
die demokratische Massenuniversität ganz unideologisch gut gehen lassen. Durch üble Machtpolitik in der SPD haben sie sich in diesem Jahr kurzfristig zur offiziellen Vertretung der Sozialdemokratie küren lassen.

Das, was hier mit dem Nokia-Slogan "Connecting People" dem Wähler-Kunden verkauft werden soll, hat jedoch nichts mit sozialer und demokratischer Politik zu tun: Als Wohlfühle zur

Schau getragene Anpassung, karriereförderndes Networking und hin und wieder ein One-night-quick-fick zur Beruhigung und als Beleg dafür, daß "man`s noch bringt" - kein Wunder, daß sich bei den "Realos" auch junge Herren studentischer Verbindungen heimisch fühlen.

Tatsächlich zu entscheiden ist bei den diesjährigen Wahlen zum Studierendenparlament, wie sich die Verfaßte Studierendenschaft in die Auseinandersetzungen in der Stadt einmischt: Brav und buckelnd gegenüber der profitorientierten Normierung von Menschen und Wissenschaft oder kämpferisch und mit Lust zur Aufklärung für die solidarische Verbesserung der Lebensbedingungen aller. Für die weniger Duldsamen ist das Original - in diesem Jahr unter dem Namen "**harte zeiten** - junge sozialisten & fachschaftsaktive" - die bessere Wahl.





Lust zur Aufklärung

"Würde man die Intelligenz der Werktätigen jetzt allzu sehr herabschrauben, dann könnte die Industrie nicht aufrecht erhalten werden."

(Bertolt Brecht, Über die Widerstandskraft der Vernunft)

Die (Hochschul-)Politik des Rechtssenats ist ein gefährlicher Anachronismus: Wissenschaft, Technik, kulturelle und soziale Errungenschaften sollen nicht für Frieden, sinnvolle Arbeit, Demokratisierung ausgebaut und genutzt werden. Statt dessen diene alles dem Profit; duldsam und dienstbar, beugsam und bittend, getrieben und gestählt - so sei das lebendige Werkzeug.

Die vernunftgeleitete Heiterkeit solidarischer Verfügung aller über ihre gesellschaftlichen Lebensbedingung ist dazu die Alternative.

Der Rechtssenat muß weg!

Entsprechend muß die Verfaßte Studierendenschaft in die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im verallgemeinerbaren Interesse der Studierenden eingreifen: Für Frieden, sozialen Fortschritt, kulturelle Entfaltung und ein Höchstmaß an demokratischer Beteiligung aller. In diesem Sinne für problemkritische Wissenschaften. Und damit für interessante (weil im eigenen Interesse liegende) Studieninhalte, allgemeine Nützlichkeit der eigenen wissenschaftlichen Praxis, ein hohes kulturelles Niveau der (wissenschaftlichen) Auseinandersetzung, Spaß an der Erkenntnis, Freude an der Kooperation, dafür soziale Absicherung.

Der aufrechte Gang ist gemeinsame Angelegenheit.

So wirken wir im Studierendenparlament, in Fachschaftsräten, in der Fachschaftsrätekonferenz, im Akademischen Senat, in Gewerkschaften und Initiativen, in der Friedensbewegung, im Kampf gegen Rechts und kritisch-kämpferisch als Jungsozialisten in der SPD: gegen die Gewöhnung an die tumbe Dekadenz des neoliberalen Alltags bilde die Lust zur Aufklärung, also zur streitbaren materiellen Verbreitung notwendiger Einsichten und Auffassungen für die Erringung einer solidarischen Gesellschaft, eine widerständige studentische Kultur!

"Man muß auch bezweifeln, was man mit eigenen Augen sieht. Gefragt, was denn den Zweifeln eine Grenze setze, sagte Do: Der Wunsch zu handeln." (Bertolt Brecht)

LISTE 19
Bei den SP-Wahlen 2005